

Gegen die Verniedlichung der Staatsverschuldung

A. Die Verniedlichungsversuche

Verniedlichungsversuch I:

Vergleich mit anderen Zeiten sei günstig

Verniedlichungsversuch II:

Internationaler Vergleich sei günstig

Verniedlichungsversuch III:

Nur so viele Kredite seien aufgenommen, wie zur Sicherung der Beschäftigung notwendig sei.

Zu Verniedlichungsversuch I:

Vergleich mit anderen Zeiten sei günstig

Bundeskanzler Schmidt (SPD-Parteitag in Essen am 9. Juni 1980) und SPD-Bundesgeschäftsführer Bahr („Welt der Arbeit“ vom 27. Mai 1980) argumentieren in Anlehnung an Bundesfinanzminister Matthöfer so:

Bei einer Staatsverschuldung aller Gebietskörperschaften von 450 Mrd. DM Ende 1980 sei der Schuldenstand im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt mit rd. 30 v. H. geringer als z. B. 1913 (Kaiserzeit) mit rd. 60 v. H. und 1932 (zur Zeit des „Spar-Kanzlers“ Brüning) mit 43 v. H.

Bereits zur Zeit Adenauers (1955) habe der Schuldenstand im Bundesgebiet 21,5 % des BSP erreicht, der bis 1973 auf 18 v. H. zurückgeführt worden sei.

Das ist ein Verwirrspiel mit Zahlen.

1. 1913

a) Für die Zeit vor dem ersten Weltkrieg besteht keine amtliche Statistik. Für das Nettosozialprodukt und für den Schuldenstand gibt es lediglich **Schätzungen**

„aufgrund sehr unvollständiger Unterlagen“ (Schreiben des Statistischen Bundesamtes vom 2. November 1979 an MdB Dr. Häfele).

b) Für das **Bruttosozialprodukt** gibt es überhaupt keine Schätzungen. Die genannten 60 % für 1913 beziehen sich auf das — geringere — **Nettosozialprodukt**(1), sind deshalb als Vergleichszahlen überhöht.

c) Der — geschätzte — **Schuldenstand** insbesondere der Länder und Gemeinden beruht im wesentlichen auf Krediten zugunsten öffentlicher **Wirtschaftsbetriebe** (Bahn, Versorgungsunternehmen usw.), die erhebliche **Renditen** erbrachten: Die **Erwerbseinkünfte** der Einzelstaaten werden für 1913 auf rd. 40 % der **Gesamteinkünfte** beziffert.(2)

Deshalb kann nach dem Urteil von Prof. Neumark für die damalige Zeit „bei vielen Gliedstaaten, vor allem Preußen, von öffentlichen Schulden im üblichen Sinne kaum gesprochen werden, zumal wenn man etwa Vergleiche mit den Ländern zieht, in denen Eisenbahnen, Telefon und Telegraf usw. in Privathand stehen . . . Hier stand der größte Anteil der Anleihen mit den Investitionen der öffentlichen Betriebe im Zusammenhang und brachte deshalb in der Regel keine den allgemeinen Staatshaushalt belastende Verpflichtungen mit sich.“ Deshalb war „die Schuldenpolitik im Grunde nur im Reich so ‚unsolid‘, wie das oftmals so stark verallgemeinert von der Gesamtheit der öffentlichen Körperschaften behauptet worden ist“.(3)

d) Vergleichbar ist danach allein der damalige relative **Schuldenstand** des **Reiches**, der sich 1913 auf 9,4 % des **Nettosozialproduktes** belief. Wenn das als „unsolid“ zu werten ist, so muß das erst recht für den jetzt schon erreichten **Schuldenstand** des Bundes (Ende 1980) von 15 % des **Bruttosozialproduktes** und sogar 17 % des **Nettosozialproduktes** gelten.

e) Zur **Deckung** der **Schuldenlasten** standen damals **Einnahmeverbesserungsmöglichkeiten** zur Verfügung, die wir heute nicht mehr haben: Damals gab es noch keine **Umsatzsteuer**, damals belief sich bei der **Einkommensteuer** (**Lohnsteuer**) unter **Einrechnung** selbst eines hohen **Kommunalzuschlages** der **Eingangsteuersatz** auf knapp 2 %, der **Höchststeuersatz** bei einer natürlichen Person mit mindestens 100 000 Goldmark **Einkommen** auf etwa 13 %, bei **Aktiengesellschaften** auf 14 %.(4) Von dieser **Steuerbelastung** kann man heute nur noch

1 Das **Bruttosozialprodukt** ergibt sich aus der Summe von **Nettosozialprodukt** zu Marktpreisen und Abschreibungen.

2 Prof. Fritz Neumark: „Die Finanzpolitik in der Zeit vor dem 1. Weltkrieg“, in: „Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876 bis 1975“, herausgegeben von der Deutschen Bundesbank 1976, S. 81 f.

3 Zitate aus der Abhandlung von Prof. Fritz Neumark, a.a.O., S. 89, 106, 110.

4 Vgl. Prof. Fritz Neumark, a.a.O., S. 04 f.

träumen (Eingangsteuersatz: 22 v. H., Höchststeuer — ohne Kirchen- und Gewerbesteuer = 56 %).

f) Die Wirkungen der Schuldenwirtschaft des Reiches vor dem 1. Weltkrieg traten zwar erst während des Krieges und nachher in Erscheinung, dessen leichtfertig-fehlerhafte Finanzierung über Schulden sie jedoch „gedanklich hatten vorbereiten helfen“ (Neumark). Das Ende war die **Inflation** mit dem Verlust aller Ersparnisse im Jahre 1923.

2. Brüning (Reichskanzler von 1930 bis 1932)

a) Der Schuldenstand des Staates (Reich, Länder und Gemeinden, Stand jeweils zum Jahresende) belief sich:

Rechnungsjahr	in Mrd. DM (Klammerzahlen = davon Reich)	in v. H. des BSP
1929/30	21,3 (9,6)	24,1 (10,1)
1930/31	24,0 (11,3)	29,1 (13,7)
1932/33	24,3 (11,7)	42,9 (20,6)
Zum Vergleich: Bundesgebiet 1980		30,1 (Bund 15,1)

Nach diesen Zahlen ist der Anteil des Schuldenstandes am Bruttosozialprodukt unter Brüning im wesentlichen nur deshalb gestiegen, weil sich das Bruttosozialprodukt von 1929 bis 1932 um mehr als $\frac{1}{3}$ verminderte; eine wesentliche Erhöhung des Schuldenstandes in absoluten Zahlen gab es damals nicht.

b) Vergleichbar ist deshalb allein der Schuldenstand **vor** der Weltwirtschaftskrise 1930, der in der Tat bedrohlich hoch war (allerdings niedriger als heute).

In der Finanzwissenschaft wird die Schuldenwirtschaft zu Beginn der Weltwirtschaftskrise als „nicht vertretbar“ und „unverantwortlich“, die Finanzentwicklung der Zeit vorher als „destruktiv“ (Popitz), die dadurch geschaffene Finanzlage als „prekär“ und „verzweifelt“ bezeichnet.⁽⁵⁾ Der relative Schuldenstand war damals sogar noch etwas niedriger als heute. Damals wie heute mußten mangels hinreichender Ergiebigkeit des einheimischen Kapitalmarktes massiv Auslandsgelder aufgenommen werden, deren Zustrom damals nach Beginn der Krise schnell versiegte.⁽⁶⁾ Die leichtfertige Defizitwirtschaft in der Hochkonjunktur der Jahre von 1929/30 trug dazu bei, daß sich die Weltwirtschaftskrise in Deutschland

⁵ Zitate aus Prof. Willi Albers, „Finanzpolitik in der Depression und in der Vollbeschäftigung“, in: „Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876 bis 1975“, S. 331 ff.

⁶ Albers, a.a.O., S. 333.

besonders verheerend auswirkte. Als Geld zur Konjunkturankurbelung benötigt wurde, glaubte man deshalb, keine zusätzliche Verschuldungsmöglichkeit mehr zu besitzen. Wir erlebten dann im Reichsgebiet einen wirtschaftlichen Zusammenbruch mit fast 6 Millionen Arbeitslosen, an dessen Ende die Hitler-Diktatur stand. Wenn überhaupt eine historische Parallele in Betracht kommt, dann die der Zeit vor der Weltwirtschaftskrise. Dieses Beispiel ist sicherlich nicht beruhigend.

3. Adenauer (1955)

Von dem Schuldenstand der Gebietskörperschaften im Bundesgebiet im Jahre 1955 (absoluter Betrag 41,0 Mrd. DM = 22,5 % des damaligen Bruttosozialproduktes) entfielen mehr als $\frac{3}{4}$ (31,2 Mrd. DM) auf Altschulden im Zusammenhang mit der Währungsumstellung (Ausgleichsforderungen, Deckungsforderungen nach dem Altspare-Gesetz und für Lebensversicherungsverträge usw.) sowie Altschulden an das Ausland. Bis 1973 ging der Anteil dieser Altverschuldung am Gesamtschuldenstand auf ein Achtel zurück.

Der Anteil des Schuldenstandes der Gebietskörperschaften am Sozialprodukt im Bundesgebiet aus **Neuschulden** belief sich 1955 auf 5,4 %, heute auf knapp 29 %.

Der Vergleich mit dem Adenauer-Jahr 1955 ist daher nur ein Beweis, wie solide damals und wie unsolid heute in der Finanzpolitik gewirtschaftet wurde bzw. wird.

Ergebnis: Der Vergleich mit früheren Zeiten spricht gegen die Bundesregierung.

Zu Verniedlichungsversuch II:

Internationaler Vergleich sei günstig

Auch der internationale Vergleich zeige, daß die Kreditaufnahme der Bundesrepublik Deutschland nicht als dramatisch oder finanzwirtschaftlich untragbar anzusehen sei.

Auch dies trifft nicht zu.

Richtig ist, daß die Staatsverschuldung in Prozent des Bruttosozialproduktes in ausländischen Staaten (allerdings nicht in allen, z. B. nicht in Frankreich) höher ist als in der Bundesrepublik Deutschland. Bei einem Vergleich muß jedoch die Ausgangslage in Betracht gezogen werden: Der Schuldenstand ist in der Bundesrepublik nur deshalb niedriger als in diesen ausländischen Staaten, weil sich bei uns der Staat in zwei **Währungsreformen** (1923 und 1948) von seinen **Altschulden** weitestgehend befreit hat.

Wir sind jedoch auf dem besten Weg, diesen „Rückstand“ aufzuholen, denn in den 70er Jahren befand sich die Bundesrepublik bei der **Kreditaufnahme**, gemessen am

Anteil des Sozialprodukts, nach dem Urteil des Sachverständigenrates (Jahresgutachten 1978/79, Textziffer 305) „mit an der Spitze der Industrieländer“.

Ergebnis: In der Zunahme der Staatsverschuldung stehen wir mit an der Spitze aller Industrieländer.

Zu Verniedlichungsversuch III:

Nur so viele Kredite seien aufgenommen, wie zur Sicherung der Beschäftigung notwendig sei

Auch dies stimmt nicht.

Die Diagnose des wirtschaftlichen Zustands von 1929 bis 1932 stimmt nicht mit der Diagnose des Zustandes der letzten Jahre überein. Deshalb kann auch die Therapie, welche anfangs der 30er Jahre hätte helfend sein können, nicht auf heute übertragen werden. Wir hatten damals die klassische Deflation mit um 20 bis 30 % zurückgehenden Löhnen und Preisen, während die westliche Welt, auch die Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren von der Krankheit zunächst der **Inflation** als Folge einer Anspruchsinflation erfaßt worden ist und als Folge davon dann eine Stagnation, Stagflation oder gar eine Rezession eingetreten ist.

Neben der Inflationsbekämpfung kommt es heute vor allem darauf an, die produktive private Investitionstätigkeit zu fördern. Sobald die Kosten- und Erlösrelation im privaten Bereich einigermaßen vernünftig ist, steigt die private Investitionstätigkeit an. Die moderne Erkenntnis ist nicht mehr, daß der Staat in erster Linie private Nachfrage, sei sie konsumtiver oder investiver Art, auf Dauer ausfüllen könnte. Das kann kein Staat, es sei denn ein total sozialistischer Staat, der alles über die Staatskasse macht. Die moderne Erkenntnis ist, daß der Staat die Rahmenbedingungen für diese private Investitionstätigkeit so setzen muß, daß sie sich stetig auf Dauer entfalten kann.

Mit anderen Worten: Je weniger Schulden der Staat macht, um so niedriger können die Zinsen sein, um so geringer kann die Abgabenbelastung für die arbeitenden Bürger und die Betriebe sein, um so mehr Freiräume sind für produktive private Investitionstätigkeit vorhanden, um so weniger Inflationsgefahren bestehen und um so besser ist das Investitionsklima. Spätestens ab 1978, als das reale volkswirtschaftliche Wachstum in Deutschland ordentliche 3,5 % erreichte, wäre der Kurswechsel in der Finanzpolitik in Richtung weniger Zunahme von Staatsverschuldung einzuleiten gewesen, erst recht 1979, als wir sogar ein sehr gutes reales volkswirtschaftliches Wachstum mit 4,4 % erzielten.

Die abenteuerlich angestiegene Staatsverschuldung wird heute zu einer **Wachstums- und Beschäftigungsbremse**. Dr. Heinrich Irmeler, ehemaliges Mitglied des

Direktoriums der Deutschen Bundesbank, hat dies treffend beschrieben (FAZ 29. September 1979):

„Meist wird nämlich sogleich ‚Nachfragemangel‘ diagnostiziert, gerade so, wie er Anfang der 30er Jahre aus einer Reihe von Gründen tatsächlich in dramatischer Größenordnung existiert hatte und Keynes damals durchaus zu Recht zu seiner bekannten Therapie des „deficit spending“ und des billigen Geldes inspiriert hatte. Die ökonomische Lage ist indessen heute anders. Niemand hortet wie damals Geld, weil er auf billigere Preise spekuliert. Das Gegenteil ist der Fall. Konsumiert wird wie noch nie, auch auf Kredit, und die Konsumeinkommen werden durch Lohn- und durch Fiskalpolitik, unter tätiger Mithilfe der Kreditschöpfung, zu Lasten der Zukunftsproduktion eher zu hoch getrieben. Die Investition erlahmt natürlich, wenn die Preis-Kosten-Relation nicht mehr stimmt. Tatsächlich braucht der Staat heute, zumindest bei uns, durchaus keine Nachfragelücke durch Staatsdefizite mehr auszufüllen, sondern er muß im Gegenteil die Defizite vermindern und so der Privatwirtschaft größeren Raum lassen.“

Der Sachverständigenrat beurteilt die Frage ähnlich (Tz 313 des Jahresgutachtens 1978/79):

„Nimmt man die Wirkungen zusammen (die Zinslasten, die Beschränkungen des konjunkturpolitischen Potentials, die Verdrängung von privaten Investitionen beziehungsweise die Veränderung der Einkommensverteilung), die von einer erhöhten staatlichen Kreditaufnahme vermutlich ausgehen, und bezieht die Bedingungen ein (Steuerwiderstand, Sensibilität in bezug auf Inflation und Streit um die Verteilung), von denen wir ausgegangen sind, dann überwiegen die Bedenken gegen eine deutliche und dauerhafte Erhöhung der Kreditfinanzierungsquote des Staates. Eine erhöhte staatliche Kreditaufnahme paßt auf die Dauer nicht gut in ein Konzept, das Vollbeschäftigung durch Wachstum zu erreichen sucht.“

Ergebnis: Die Staatsverschuldung ist keine Beschäftigungspolitik, sie wird zur Wachstums- und Beschäftigungsbremse.

B. Die Tatsachen

Alle Verniedlichungsversuche können über folgende **Tatsachen** nicht hinwegtäuschen:

① Seit 1975 haben wir beim Bund in jedem einzelnen Jahr einen Schuldenzuwachs, der 1 ½ bis zweimal so hoch ist wie von 1950 bis 1969 in 20 Jahren zusammen (14 Mrd. DM).

- ② Der Anstieg der Neuverschuldung aller Gebietskörperschaften in Deutschland in den letzten Jahren ist im Vergleich zu allen anderen Industriestaaten mit an der Spitze der gesamten Welt.
- ③ Ende 1980 werden die Gebietskörperschaften Zinszahlungen bis zu 30 Mrd. DM zu leisten haben. Das sind an jedem Tag eines Jahres 80 Mill. DM. 1983 wird die Neuverschuldung des Bundes nach der letzten mittelfristigen Finanzplanung der Bundesregierung nicht mehr ausreichen, um die Zinszahlungen des Jahres 1983 zu bestreiten.
- ④ Diese Verschuldung kann inzwischen nicht mehr volkswirtschaftlich positiv begründet werden, sondern diese Verschuldung wirkt inflationär. Sie wird zur Wachstumsbremse und damit zur Beschäftigungsbremse in der Gegenwart. Sie wird in den kommenden Jahren die internationale Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland immer mehr einschränken, und sie läßt uns vor allem überhaupt keinen Spielraum mehr für den Fall einer Rezession, so sie wirklich einmal kommen sollte. Es ist eine Politik zu Lasten der Zukunft, es ist eine Politik zu Lasten der kommenden Generation.
- ⑤ Bundeskanzler Schmidt hat sein Versprechen in der Regierungserklärung am Beginn dieser Periode 1976 nicht eingehalten, wonach die Neuverschuldung künftig „deutlich niedriger liegen muß als bisher“.
- ⑥ Es war ein Fehler der Bundesregierung, nicht spätestens 1978 bei einem ordentlichen Wirtschaftswachstum die Konsolidierung ernsthaft einzuleiten und sie 1979 bei einem sehr guten realen volkswirtschaftlichen Wachstum noch intensiver zu betreiben.
- ⑦ Es war ein Fehler der Bundesregierung, bei Ausbruch der internationalen Krise Ende 1979 keinen Stopp für neue ausgabenwirksame Gesetze in Milliardenhöhe zu verhängen. Es war ein Fehler, die seit 1979 negativ gewordene Leistungsbilanz nicht zum Anlaß zu nehmen, mit der Beschränkung der Ausgabenzuwächse der öffentlichen Haushalte ernst zu machen. Wir leben über unsere Verhältnisse.
- ⑧ Es hilft nichts mehr, die Schulden zwischen Bund, Ländern und Gemeinden hin und her zu schieben, sondern es ist ein grundsätzlicher Kurswechsel in der Ausgabenzuwachspolitik notwendig, und zwar für den Gesamtstaat.
- ⑨ Nichts ist zu lösen mit noch höherer Abgabenbelastung. Der letzte SPD-Parteitag hat demgegenüber neue zusätzliche leistungs- und investitions-hemmende Abgabenbelastungen beschlossen: eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen für aufstrebende Mittelschichten, eine Einbeziehung von abgabenfreien Lohnzuschlägen in die Sozialversicherungsabgabenpflicht, die Erfindung einer investitions-hemmenden „Maschinensteuer“. Der 1981 von der Bundesregierung verspä-

tet vorgesehene Teilabbau von heimlichen Steuererhöhungen ist kein vertrauens-
erweckender Stopp des Marsches in den Abgaben- und Steuerstaat, solange man
solche gegenläufigen Beschlüsse bei der SPD faßt und sie in den nächsten Jahren
in die Tat umsetzen will.

10 Als Hinterlassenschaft von elf Jahren SPD/FDP-Regierung bleibt die ungelö-
ste Frage der Konsolidierung sämtlicher öffentlicher Haushalte. Dies ist kein
„Problemchen“. Dies ist kein Problem. Dies ist eine der schwersten Herausforde-
rungen der deutschen Politik seit 1949.

C. Die 3. große Wählertäuschung

- Im **Wahljahr 1972** haben die SPD und Schmidt die **Inflation verniedlicht**. („Mir scheint, daß das deutsche Volk — zugespitzt — 5 % Preisanstieg eher
vertragen kann als 5 % Arbeitslosigkeit.“) Nur kurze Zeit später hatten wir
beides als Folge der nicht rechtzeitig bekämpften Inflation.
- Im **Wahljahr 1976** haben Schmidt und die SPD die Lage der **Rentenfinanzen
verniedlicht** („Problemchen“). Nach der Wahl erwies sich diese Aussage als
Rentnertäuschung.
- Im **Wahljahr 1980** **verniedlichten** Schmidt und die SPD die **Staatsverschuldung**.
Der Kassensturz, der nach der Wahl fällig wird, wird dies als Finanztäuschung
ausweisen. Dies sollten alle rechtzeitig erkennen.